

Gemeinde Reit im Winkl
Geschäftsleitung
Rathausplatz 1
D-83242 Reit im Winkl

**Antrag auf sanierungsrechtliche Genehmigung nach § 144 Abs. 1 und 2
Baugesetzbuch (BauGB)**

1. Antragsteller/Bauherr

Name	Vorname	Telefon (mit Vorwahl)
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort	
Vertreter des Antragstellers /Bauherrn: Name	Vorname	Telefon (mit Vorwahl)
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort	

2. Bau-/Sanierungsgrundstück

Gemarkung	Flur-Nr.
Gemeinde	Straße, Hausnummer
Verwaltungsgemeinschaft	Gemeindeteil
Grundstückseigentümer: Name, Vorname,	Telefon (mit Vorwahl)
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort

3. Vorhaben für das die sanierungsrechtliche Genehmigung beantragt wird

☐ a) Errichtung, <u>Änderung</u> , Nutzungsänderung oder Beseitigung baulicher Anlagen (§ 144 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. § 14 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
☐ b) Erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen (§ 144 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. § 14 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)
☐ c) Miet- oder Pachtverträge (§ 144 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)
☐ d) Veräußerung des Grundstückes oder Bestellung bzw. Veräußerung eines Erbbaurechts (§ 144 Abs. 2 Nr. 1 BauGB)
☐ e) Bestellung eines das Grundstück belastenden Rechts (§ 144 Abs. 2 Nr. 2 BauGB)

- ☐ f) Begründung, Änderung oder Aufhebung einer Baulast (§ 144 Abs. 2 Nr. 4 BauGB)
- ☐ g) Teilung des Grundstückes (§ 144 Abs. 2 Nr. 5 BauGB)

4. Beschreibung der geplanten Maßnahme und Begründung

5. Anlagen (Hinweis: Die Monatsfrist des § 145 Abs. 1 Satz 3 i.V.m. § 22 Abs. 5 Satz 2 BauGB beginnt erst mit dem Eingang der vollständigen für die Prüfung des Antrages erforderlichen Unterlagen)

- ☐ Für das in Ziffer 3 a) bezeichnete Vorhaben werden die beiliegenden drei weiteren Ausfertigungen der Baueingabeplanung auch zum Gegenstand dieses sanierungsrechtlichen Genehmigungsantrages gemacht.
- ☐ Für die Genehmigungstatbestände nach § 144 Abs. 2 BauGB werden folgende Unterlagen beigelegt:

6. Unterschrift/en

Ort, Datum	Unterschrift/en Bauherr/Antragsteller
------------	---------------------------------------

Stellungnahme der/des Gemeinde/Marktes/Stadt

- ☐ Das beantragte sanierungsgenehmigungspflichtige Vorhaben wurde mit Beschluß vom _____ behandelt. Das gemeindliche Einvernehmen nach § 145 Abs. 1 Satz 2 BauGB wird erteilt.
- ☐ Auf den Beschlußbuchauszug zum Bauantrag wird verwiesen. Der Beschlußbuchauszug liegt dieser Stellungnahme bei.
- ☐ Das Einvernehmen wird mit folgender Begründung verweigert:
- ☐ Sonstige Bemerkungen und Hinweise:

Ort, Datum

Unterschrift

(Siegel)